

Stadt Heidelberg
Dezernat II, Stadtplanungsamt

**Kürzung der Regionalisierungsmittel -
Auswirkungen auf die Stadt Heidelberg:
Resolution**

Beschlussvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 07. Mai 2007

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Zustimmung zur Beschlussempfehlung	Handzeichen
Haupt- und Finanzausschuss	25.04.2007	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	
Gemeinderat	03.05.2007	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Haupt- und Finanzausschusses empfiehlt dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Resolution zum Thema Kürzung der Regionalisierungsmittel.

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 25.04.2007

Ergebnis: einstimmige Zustimmung zur Beschlussempfehlung

Sitzung des Gemeinderates vom 03.05.2007

Ergebnis: mehrheitlich beschlossen
Enthaltung 1

I. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
MO 2	-	Minderung der Belastungen durch den motorisierten Verkehr Begründung: Durch die Kürzung der Regionalisierungsmittel ist langfristig zu erwarten, dass sich die Belastungen durch den motorisierten Verkehr sogar erhöhen.
MO 4	-	Ausbau und Verbesserung der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur Begründung: Durch die Kürzung der Regionalisierungsmittel ist zu erwarten, dass der Ausbau und die Verbesserung der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur eher vernachlässigt wird.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

(keine)



II. Begründung:

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Heidelberg:

„Der Gemeinderat der Stadt Heidelberg fordert den Bund und das Land Baden-Württemberg auf, die ungerechtfertigte Kürzung der Nahverkehrsmittel zumindest teilweise rückgängig zu machen und auch künftige Kostensteigerungen der Verkehre wieder zu übernehmen. Wer die Menschen – wie politisch immer wieder gewollt – für den Nahverkehr gewinnen will, muss eine stabile und zuverlässige Finanzbasis schaffen. Die Landesregierung wird aufgefordert, so wie andere Bundesländer auch, die Kürzungen des Bundes durch eigene Mittel aufzufangen, statt das Fahrplanangebot im ÖPNV zu reduzieren.“

Weiteres Vorgehen

Diese Resolution (vergleiche Informationsvorlage 0003/2007/IV) wird an den Deutschen Bundestag geschickt, sowie an die Fraktionen im Deutschen Bundestag. Eine Kopie des Resolutionstextes geht an den Landtag Baden-Württemberg.

gez.

Dr. Eckart Würzner